



Nordhorn, der 12.Dezember 2019

Werte Verwaltung, werte Ratsmitglieder!

Auch wir, die Initiative Pro Grafschaft, möchten zuerst Herrn Schlie und seinem Team unsere Anerkennung für die aufwendige und gute Arbeit zum heutigen Haushaltsentwurf aussprechen.

Mit Sachverstand ist wieder einmal ein solider Haushaltsplan aufgestellt und uns Ratsmitgliedern in gewohnter Weise dargestellt worden.

Auch die jährlich wiederkehrende Mahnung, nur das auszugeben, was man auch eingenommen hat, ist bei uns angekommen.

Bedanken möchten wir uns aber nicht nur für diese Haushaltsarbeit, sondern auch für die gesamte Jahresarbeit unseres Rathauses. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt können wohl in großen Teilen mit den Leistungen des Rathauses zufrieden sein. Ärgernisse an einzelnen Projekten und mit einzelnen Personen wird es immer wieder geben; das ist normal.

Die Digitalisierung, die den Weg zum Rathaus erspart, sollte aber weiter vorangetrieben werden.

Was kann man zum Anfang der Haushaltsberatungen feststellen:

Die Stadt Nordhorn steht gut da!

Die Textilkrise mit dem Untergang der großen Nordhorner Textilfirmen ist endgültig überwunden. Mit der Auflösung der NINO SEG, die einen guten Job erledigt hat, ist auch ein symbolischer Schlusspunkt gesetzt.

Die Arbeitslosenquote liegt auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Einwohnerzahlen steigen, es werden wieder mehr Kinder geboren, Nordhorn wächst!

Dank einer guten Durchmischung von kleinen bis mittelgroßen Familienunternehmen und Mittelständlern fließen die Steuereinnahmen. Der Haushalt der Stadt Nordhorn ist solide aufgestellt.

Gerade aus der Textilindustrie sind viele leistungsfähige Unternehmen (u.a. Veddeler Gruppe, Werkstätten GmbH, Rosink etc.) entstanden, die für eine nachhaltig gute Beschäftigungssituation sorgen.

Ja, Nordhorn wächst. Dieser positiven Bestandsaufnahme steht aber nach wie vor das im Landesvergleich unterdurchschnittliche Einkommensniveau gegenüber. Geringe Einkommen bedeuten auch geringere Renten; eine Situation, die sich in den kommenden Jahren leider noch verschärfen wird.

Geringe Einkommen, eine älter werdende Bevölkerung, immer mehr Single-Haushalte sind zu sehen. Und das muss man auch zur Kenntnis nehmen und handeln. Daraus resultierend muss man u.a. die Frage stellen, was das für die Wohnungspolitik in Nordhorn bedeutet.

Wir haben in Nordhorn das große Glück, über eine eigene Wohnungsbaugesellschaft, die GEWO, zu verfügen. Wir sollten alles tun, um unsere GEWO zu stärken. Und das nicht nur weil wir zurzeit einen sehr angespannten Wohnungsmarkt haben. Wir werden die GEWO noch lange brauchen!

Welche Folgen es aber haben kann, wenn man das Feld des Wohnungsbaus alleine der freien Wirtschaft und privaten Investoren überlässt, kann man an vielen Stellen in Deutschland beobachten.

Die IPG hatte deshalb beantragt, in den nächsten beiden Haushaltsjahren das Eigenkapital der GEWO um 3 Mio. Euro aufzustocken.

Warum ist das nötig?

Wie ausgeführt werden wir in den nächsten Jahren, wahrscheinlich wohl auch in den nächsten Jahrzehnten, einen wachsenden Bedarf an preisgebundenen Wohnungen, aber auch an günstigem, nicht preisgebundenem Wohnraum haben.

Für uns, die IPG, spielt die GEWO hier eine wichtige Rolle. Sie ist ein wichtiges und wertvolles Instrument, über das nicht mehr viele Städte und Kommunen verfügen.

Die GEWO ist aber mit einer relativ schwachen Eigenkapitalquote ausgestattet. In den letzten Jahren hat die GEWO einige, z.T. auch von der Politik gewollte, größere Projekte wie den Umbau der Frensdorfer Schule, die Übernahme des Hallenbades am Stadtring, Kauf von alten Häusern für Flüchtlingsunterkünfte gestemmt, die die wirtschaftliche Situation der städtischen Tochter nicht gerade gestärkt haben.

Deshalb hält es die IPG für sehr wichtig, die Weichen wieder neu zu stellen. Der Geschäftsführer der GEWO, Herr Schütt, hatte hier nach einem Referat vor dem Rat vor einigen Monaten angegeben, dass er 3.7 Mio. Euro benötigt, um den von der Politik geforderten Neubaubedarf zu realisieren und auch die gewünschte

Altbausanierung vornehmen zu können.

Das war deutlich! Wir nehmen das sehr ernst!

Wir haben daraufhin mit Herrn Schütt ein langes Gespräch geführt, um zu dieser Zahl genauere Daten zu bekommen. Wir wollten auch wissen, in welchem Zeitplan dieses Geld zur Verfügung stehen muss.

Wir haben für uns schlüssige Aussagen bekommen.

Dann wurden wir aber durch den Haushaltsentwurf des Kämmerers belehrt, dass unser Bürgermeister im Haushalt 2020/21 andere und viel kleinere Zahlen ausgewiesen hatte und auch nur ein Darlehen geben will und somit eine Kapitalerhöhung ablehnt.

In der Verwaltung ist man scheinbar der Meinung, dass genügend preisgebundener Wohnraum durch private Investoren geschaffen wird. Unterstützt werde diese Entwicklung durch die Förderpolitik des Landes Niedersachsen. Die N-Bank gibt zinslose Darlehen und einen Tilgungsnachlass von 25 %, wenn in preisgebundenen Wohnraum, sei es von privaten Investoren als auch von der GEWO, investiert wird. Allerdings ist die Investition auf Dauer aus unserer Sicht nicht unbedingt nachhaltig, denn nach dem Auslaufen der Preisbindung nach 20 oder 30 Jahren können die Investoren ihren Mietpreis frei festlegen.

Nur die GEWO wird aber weiterhin für diese Objekte den Mietpreis, wie in der Vergangenheit und Gegenwart, günstig gestalten.

Wegen dieser doch sehr unterschiedlichen Auffassungen von Kämmerei und GEWO über den notwendigen Kapitalbedarf in Art und Höhe habe ich den Bürgermeister schriftlich gebeten, die Fraktionsvorsitzenden zusammenzurufen, um diese und damit natürlich auch alle Fraktionen gesamt auf einen gleichen Wissensstand hinsichtlich des tatsächlichen Kapitalbedarfs zu bringen.

Die Antwort vom Bürgermeister am 13. September: *Wir sollten nach der Finanzausschusssitzung miteinander bereden, wie und wo konkret im Nachgang zur Finanzausschusssitzung auf Grundlage dieser im Haushaltsentwurf vorgesehenen Mittel die weiteren Beratungen zu diesem Thema in den politischen Gremien erfolgen sollen.*

Bis heute gab es kein von der IPG gewünschtes Gespräch. Wir haben nicht miteinander geredet, haben nur schriftliche Informationen bekommen, deren Inhalt man doch besser besprochen und diskutiert und auch erläutert hätte.

Daraus resultierte dann auch unser gerade genannter Antrag auf Kapitalerhöhung.

Nicht erst im Bürgermeisterwahlkampf haben die großen Parteien das Schaffen günstigen Wohnraumes als wichtiges Ziel in den Vordergrund gestellt. Die CDU wollte das sogar zur Chefsache machen!

Und was blieb nach der Wahl?

Weiter so! Kein Konzept! Keine Idee! Keine klare Strategie! Wir haben nichts gehört.

Deswegen sind wir in die Öffentlichkeit gegangen.

Es kam seitens der Verwaltung der mahrende Hinweis auf die großen Investitionen in den kommenden zwei Jahren in Kindergärten und Kitas.

Zu diesen Investitionen sind wir gesetzlich verpflichtet und sie kommen jetzt zum richtigen Zeitpunkt. Aber die Refinanzierung führt zu keiner wesentlichen zusätzlichen Belastung.

Das Investitionsprogramm in Kindergärten und Kindertagesstätten darf und kann überhaupt nicht als Ausrede dafür herhalten, die erforderliche Eigenkapitalerhöhung für die GEWO nicht vorzunehmen!

IPG steht für mehr Nachhaltigkeit. Wir wollen eine starke GEWO. Wir brauchen einen starken Partner, der nicht nur langfristig günstigen Wohnraum anbietet. Ökonomisch und auch ökologisch wichtig ist zudem die Sanierung des älteren Wohnungsbestandes, denn die Energiekosten sind im Altbestand der GEWO höher als bei Neubauwohnungen. Das hat zur Konsequenz, dass Mieter im Altbestand mit niedrigem Einkommen relativ hohe Energiekosten zahlen.

Der Bürgermeister hat in seiner Stellungnahme geschrieben, wir würden mit dieser Feststellung die Mieter in älteren Wohnungen stigmatisieren. Das hat mit Stigmatisierung nichts zu tun. Energie ist reine Physik. Wir wollen das mittel- bis langfristig ändern!

Deshalb muss die GEWO finanziell entsprechend ausgestattet werden. Und dazu reicht uns ein Darlehen seitens der Stadt nicht, denn ein Darlehen muss man zurückzahlen.

Wir gewinnen aus den bisherigen Ausführungen des Bürgermeisters und der Kämmerei den Eindruck, dass die Verwaltung zur Stärkung privater Investoren eine eher schwache GEWO will, die bei jedem neu anstehenden Projekt zum Bittsteller beim Kämmere der Stadt Nordhorn werden soll. Will die Kämmerei die Vormundschaft über die GEWO übernehmen?

Nun haben wir erfahren, dass der Bürgermeister, die Kämmerei und die GEWO sich darauf geeinigt haben, dass mit der Gewährung eines Kredites seitens der Stadt ein Darlehen von nun immerhin 900.000 Euro ausreichen kann, um das von der GEWO und damit auch von der Politik gewünschte Ziel zu erreichen.

Was sollen wir als Ratspolitiker nun davon halten?

Ich bekenne, dass kein Wirtschaftsweiser bin. Ich kann zwar mit Zahlen umgehen, bin aber deswegen noch kein ausgewiesener Finanzfachmann.

Welche Zahlen sind nun wirklich richtig und zielführend? Wir kennen nicht die Argumente, die bei diesem letzten Gespräch ausgetauscht wurden. Wir meinen aber, dass der Bürgermeister und der Kämmerer damit zu kurz springen!

Es mag ja sein, dass auch der Geschäftsführer der GEWO mit dem von der vom Bürgermeister und der Kämmerei vorgeschlagenen Regelung für den kommenden Haushalt nun einverstanden ist. Wir haben unsere eigene Meinung darüber, wie so ein überraschendes Einverständnis zustande gekommen ist.

Wie sollen wir uns also nun entscheiden? Ich kann nicht feststellen, dass wir von der Verwaltung eine klare Entscheidungshilfe bekommen haben. Die Kämmerei schlägt Darlehen vor, wir wollen eine Kapitalerhöhung. Eine Gegenüberstellung dieser beiden Ansätze mit einer Auflistung der negativen und bzw. positiven Auswirkungen haben wir nie bekommen. Das wäre eigentlich die Aufgabe der Kämmerei gewesen. Erst hören wir die Zahl 600.000 Euro, dann werden es innerhalb kurzer Zeit 900.000 Euro. Diese Einigung widerspricht auch komplett der zuerst von Herrn Schütt im Rat genannten Zahl von 3.7 Mio Euro.

Was sollen wir nun dabei denken, wie sollen wir nun handeln?

Wir als IPG bleiben bei der Forderung nach einer Kapitalerhöhung, senken aber unsere erste Forderung auf die Einigungszahl von 900.000 Euro.

Noch einmal:

Die IPG setzt sich für langfristig angelegte Wohnungsbaupolitik mit einer starken städtischen Tochter GEWO ein, die auch in der Lage ist, den Wohnungsmarkt im preisgünstigen Segment nachhaltig zu gestalten.

Dazu fordern wir eine Kapitalerhöhung und kein Darlehen.

Wir wollen starke private Unternehmen! Sie sorgen für Wohlstand in unserer Region. Wir wollen aber auch eine starke unabhängige GEWO mit einer guten Eigenkapitalausstattung! Sie stärkt das Vermögen der Stadt Nordhorn!

Lassen Sie mich bei dieser Haushaltsberatung in Anlehnung zu diesem Vorgang zwischen Stadt und GEWO einen kleinen Ausflug in ein anderes Thema machen.

Wir, die IPG, stellen häufiger zunehmend fest, dass die Verwaltung versucht, die Fäden der Entwicklung selbst zu knüpfen und in die Hand zu nehmen.

Hinsichtlich der GEWO sieht es so aus, als wolle die Stadtverwaltung selbst das

bestimmen, was die eigentliche Aufgabe der GEWO-Geschäftsführung und des politisch besetzten Aufsichtsrates ist.

Beim Baugebiet hinter Kaufland wollte die Verwaltung keine Ausschreibung und drängte sehr zielstrebig in die Richtung eines privaten Investors.

Bei dem Konzept zum ZOB-Umbau schiebt sie überdeutlich in die Richtung eines Stadthafens.

Beim Bauvorhaben Kotthook favorisiert sie gezielt ein Projekt, das alle Vorgaben des derzeit bestehenden Bebauungsplans ignoriert.

Auch im Kulturbereich, siehe Kornmühle und Theaterwerkstatt, war das kräftige Agieren der Verwaltung nicht zu übersehen.

Wenn wir als „kleine“ IPG Grundlegendes gegen Vorlagen der Stadtverwaltung vorbringen, werden wir z.T. böse auch von Ratsmitgliedern angegangen.

Meine Damen und Herren, sachliche Diskussionen sehen anders aus.

Wir als IPG erlauben uns, eine eigene Meinung zu haben, auch wenn sie anderen nicht gefällt.

Politik muss die Ziele und Maßnahmen bestimmen - nicht die Verwaltung!

Ich stelle erneut wie zum Beginn dieser Legislaturperiode fest:

Der Souverän ist der Rat, er bestimmt die Ziele für Nordhorns Zukunft und auch den Weg zur Erreichung dieser Ziele.

Dabei ist mir klar: Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen. Man muss sachorientiert diskutieren und dann eine mehrheitliche Entscheidung finden, die auch auf einem gesunden Kompromiss aufbauen kann.

Ich verlange von der Verwaltung ein gutes Management dieser Stadt. Da kann ich zur Zeit mich auch nicht beschweren.

Ich möchte aber vom Bürgermeister und seinem Team auch eine gute ergebnisoffene Betrachtung und Beratung. Doch da sind für mich noch viele Wünsche offen.

Ich möchte von der Verwaltung keine Richtlinienfestlegung; dafür ist der Rat verantwortlich. Es darf nicht sein, dass der Eindruck entsteht: Die Verwaltung könnte so prima arbeiten, wenn die lästige Politik nicht wäre.

Informative Gespräche zwischen Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden vermisse ich schon lange. Aus vergangenen Zeiten weiß ich aber, wie sinnvoll diese sein können.

Doch nun zurück zum Haushalt:

Wofür macht sich Pro Grafschaft sonst noch stark?

Unser Wohnmobilstellplatz ist hervorragend verbessert worden. Kompliment an die Verwaltung! Wir möchten ihn aber nicht nur optimieren. Wir wollen ihn maximieren. Dazu haben wir einen Antrag auf Bau eines Sanitärgebäudes gestellt, über den wir nachher ja noch abstimmen müssen.

Wir haben noch einen dritten Antrag für den kommenden Haushalt.

Für die Sanierung der Eissporthalle im Sportpark Nordhorn wollten wir für 2021 eine Verpflichtungsermächtigung über 400.000,00 € einstellen.

Zum Sportpark Nordhorn gehört eine Eissporthalle. Die ist nun leider abgängig. Sie muss repariert und renoviert werden oder muss einem kleineren Neubau weichen. Das muss alles noch beraten werden, ist also noch nichts entschieden. Dazu soll aber, so haben wir aus dem Kreis gehört, im Februar 2020 im Kreis eine Entscheidung fallen.

Eine solche Halle dient nicht nur der Förderung des Eissports. Sie ist ein Highlight im Nordhorner Sportpark und damit auch von großer touristischer Anziehungskraft. Sie ist ein hervorragendes Freizeitangebot für Nordhorn und die gesamte Grafschaft.

Die IPG möchte, dass die Stadt Nordhorn für den Erhalt der Eissporthalle, die dem Landkreis gehört, einen Beitrag leistet. Dazu müssen unbedingt auch noch Gespräche zwischen Landrat und Bürgermeister geführt werden.

Unsere Zahl von 400.000 Euro ist nur eine gegriffene Zahl und orientiert sich an der Höhe des Zuschusses von ca. 430.000 €, den der Landkreis Grafschaft Bentheim als Sonderförderung für den Bau des Delfinoh gegeben hat.

Unsere Zahl soll vorrangig ein deutliches Signal sein:

Nordhorn will und wird sich beteiligen.

IPG möchte, dass wir schon einmal den Fuß in die Tür stellen. Über die gesamte Höhe und Art einer weiteren Beteiligung muss man noch reden und verhandeln.

Die Verwaltung hat unseren Antrag sinnvoll leicht abgeändert, wobei die Zahl 400.000 Euro bestehen bleibt.

Diesem neu formulierten Antrag haben wir gestern im Verwaltungsausschuss zugestimmt, wo er mehrheitlich mit nur einer Gegenstimme angenommen wurde.

Wir sind nun schon heftig kritisiert worden, dass wir mit diesem Schritt, weitere Gespräche behindern. Ein für mich völlig falscher, nicht einsehbarer Standpunkt. Wer mehr Leistungen bringen will, kann das ja auch noch tun. Wer weniger will, kann dagegen nicht mit unserer Unterstützung rechnen. Wer sich überhaupt nicht festlegen und damit kein positives Signal senden will, spricht sich gegen die Halle aus.

Zum Schluss meiner Ausführungen noch ein für uns wichtiges Thema:

Nur wer Ziele hat, kennt auch die Wege!

So beginnt unser Leitbild, das im Jahr 2005 vom Rat der Stadt Nordhorn verabschiedet wurde. Bezeichnend ist, dass es seitdem nicht mehr an aktuelle Herausforderungen angepasst wurde.

Ein wirtschaftliches Unternehmen, das seine Ziele in einem Zeitraum von 15 Jahren nicht weiterentwickelt, wäre längst weg vom Markt!

Wir können nicht sehen, dass der Bürgermeister und auch die Verwaltung sich sehr intensiv mit der Weiterentwicklung von mittel- bis langfristigen Zielen befassen, wenn wir einmal vom Bau eines von ihnen favorisierten Stadthafens absehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen dieses Rates, lasst uns den Leitbildprozess wieder aufnehmen. Er ist dringend notwendig. Wir müssen dringend unsere mittel- und langfristigen Ziele überarbeiten, eventuell auch neue Ziele definieren und darauf unsere Handlungen mit ganzer Kraft ausrichten.

Das alte Leitbild ist in die Jahre gekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Grünenfraktion, darin wären auch Ihre Forderungen zum Klimaschutz besser aufgehoben als in einer so negativ besetzten Resolution zur Feststellung des Klimanotstandes.

Wir müssen vom kurzatmigen Tagesgeschäft wieder zu einer langfristigen, strategisch angelegten Politik kommen, die große Ziele im Auge hat.

Ja, Nordhorn geht es gut. Das haben wir weitsichtig agierenden Unternehmern und ganz vielen fleißigen Arbeitnehmern zu verdanken. Ich darf weiter feststellen: Das haben wir aber auch einem Rat zu verdanken, der vorsichtig und konstruktiv mit den uns zur Verfügung stehenden Geldern umgeht. Der Rat muss aber auch wieder überarbeitete und moderne Ziele eines Leitbildes im Auge haben und darf dabei auch einmal kurzfristig den Entschuldungspakt aussetzen, zumal dann, wenn Gelder auf dem Markt unter solch günstigen Bedingungen zu bekommen sind.

Eine langfristig angelegte Strategie ist wichtig. Dazu bedarf es auch einigen Mutes und die nötige Geduld daran festzuhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen die Entwicklung der Stadt Nordhorn aber nicht nur der Verwaltung und zufällig vorbeikommenden Investoren mit ihren eigenen Interessen überlassen. Unsere Unternehmer und unsere Bürger müssen sich wieder auf das Primat der Politik, auf klare Leitlinien und politisch sauber definierte Ziele verlassen können.



Klaus Lübke

Fraktionsvorsitzender IPG

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*